Bekanntmachung

Der Stadtentwicklungsausschuss hat in seiner Sitzung am 28.01.2020 die 198. Änderung des Flächennutzungsplanes „Städtebauliche Neuordnung des Kernbereichs Eckartsheim“ – Stadtbezirk Sennestadt – als Entwurf zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.


Die Beschlüsse haben den folgenden Wortlaut:
2. Der Entwurf der 198. Flächennutzungsplanänderung ist für die Dauer eines Monats, mindestens jedoch für 30 Tage, gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen. Die Auslegung ist gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich bekannt zu machen.
3. Parallel zur Auslegung sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB zu beteiligen.
Im vorstehenden Planausschnitt ist der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung mit durchgezogenen Linien kenntlich gemacht. Für die genauen Grenzen sind die Eintragungen in den Plänen des Baumeisterei verbindlich. Die geänderten Darstellungen gehen aus den Plänen mit der Begründung hervor.

Der Entwurf der Flächennutzungsplanänderung mit der Begründung und den wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen liegen gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB


im Foyer des Technischen Rathauses, August-Bebel-Straße 92 (Eingang Falkstraße), 33602 Bielefeld, montags bis mittwochs von 8.30 bis 17.00 Uhr, donnerstags von 8.30 bis 18.00 Uhr, freitags von 8.30 bis 14.00 Uhr zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Weiterhin können die Unterlagen auch während des Offenlegungszeitraumes im Internet unter www.bielefeld.de in der Rubrik „Planen Bauen Wohnen“ eingesehen werden.

Die Beschlüsse, Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, werden hiermit gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB öffentlich bekannt gemacht.

Verfügbare Arten umweltbezogener Informationen zur Bestandssituation und zu den voraussichtlichen Auswirkungen der Planung umfassen die Schutzgüter Tiere (Vorkommen von Tierarten [Fledermausarten, europäische Vogelarten, Zauneidechsen]) und Pflanzen (Biotopstrukturen, Baum- und Gehölzbestand, Vorkommen von Anzeigerpflanzen für Magerrasen), Boden (Bodenbeschaffenheit, Bodenversiegelungen), Wasser (Grundwasser und Oberflächengewässer), Luft (Luftqualität, Luftreinhaltung) und Klima sowie das Wirksungsgefüge zwischen

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen bei der Stadt Bielefeld abgegeben wer- den. Beispielsweise per Brief an „Stadt Bielefeld, 33597 Bielefeld“, per E-Mail an „Bau- amt@bielefeld.de“, per Fax an „49(521)51-3206“, über das genannte Internetportal oder bei der genannten Auslegungsstelle schriftlich oder zur Niederschrift. Nicht fristgerecht abgege- bene Stellungnahmen können gemäß § 3 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 6 BauGB bei der Beschluss- fassung über die Flächennutzungsplanänderung unberücksichtigt bleiben, sofern die Stadt Bielefeld deren Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bauleitplans nicht von Bedeutung ist. Es wird gemäß § 3 Abs. 3 BauGB darauf hingewiesen, dass eine Vereinigung im Sinne des § 4 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes in einem Rechtsbehelfsverfahren nach § 7 Absatz 2 des Um- welt-Rechtsbehelfsgesetzes gemäß § 7 Absatz 3 Satz 1 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes mit allen Einwendungen ausgeschlossen ist, die sie im Rahmen der Auslegungsfrist nicht oder nicht rechtzeitig geltend gemacht hat, aber hätte geltend machen können.

Bielefeld, den 14.05.2020

[Unterschrift]

Clausen
Oberbürgermeister